

Freiwilligendienste sind sehr gefragt

Mehr Bewerber als Stellen/ Bund soll Zuschuss erhöhen

Knapp 35 000 Frauen und Männer sind derzeit im Bundesfreiwilligendienst (BFD) tätig, doch es gibt Bedarf an etwa doppelt so vielen Helfern: Der deutsche Städte- und Gemeindebund sowie das Deutsche Rote Kreuz fordern die Aufstockung des Dienstes auf bis zu 70 000 Plätze.

VON SIEGFRIED DENZEL
UND HANS-ULRICH BRANDT

Bremen · Berlin. Egal, ob im Krankenhaus, in Kindertagesstätten oder in Naturschutzstationen im Wattenmeer: Die sogenannten Bufdis sind auch im Nordwesten für viele Einrichtungen eine unverzichtbare Hilfe, seit im vergangenen Jahr die Wehrpflicht und damit auch der alternativ angebotene Zivildienst ausgesetzt worden sind. Nach Angaben des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben leisten in Bremen und Bremerhaven aktuell 201 Bufdis Dienst, in Niedersachsen sind es 2699; wegen eines seit Februar geltenden Einstellungsstopps ist ihre Zahl gegenüber April leicht zurückgegangen – um zehn im Land Bremen und 101 in Niedersachsen.

Neben dem Rot-Kreuz-Präsidenten und früheren Bundesinnenminister Rudolf Seiters schlagen nun auch der Städte- und Gemeindebund und die Diakonie Alarm: Der Bund müsse mindestens 150 Millionen Euro zusätzlich bereitstellen, fordert Städtebund-Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg: „Das derzeit verhängte Einstellungsverbot ist das absolut falsche Signal an die vielen jungen und älteren Menschen, die sich freiwillig in sozialen Einrichtungen engagieren wollen“, betont er.

Ähnlich argumentiert DRK-Chef Seiters, der den Bundestag zu einer dauerhaften Aufstockung der zur Verfügung stehenden 350 Millionen Euro drängt: Es sei schade, wenn der BFD engagierten jungen Menschen entweder ganz absagen oder sie auf

spätere Zeiten vertrösten müsse. Dabei könnten Wohlfahrtsverbände und andere Träger 60 000 bis 70 000 Plätze besetzen.

Aus seiner Finanznot macht das in Köln ansässige Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben unterdessen keinen Hehl: „Unsere 35 000 Plätze sind budgetbedingt“, sagt Sprecher Roland Hartmann. Für mehr Bufdis sei derzeit kein Geld vorhanden. Rund 550 Euro pro Monat zahlt der Staat für jeden Platz; das Bundesamt wiederum weist den einzelnen Trägern auf Antrag Plätze zu, für die es inzwischen regelrechte Auswahlverfahren gibt: Nach zunächst zögerlichem Start im vergangenen Jahr drängeln sich nach Angaben des Städte- und Gemeindebundes nun teilweise mehrere Bewerber um eine Bufdi-Stelle.

Eine gute Nachfrage verzeichnet auch Andreas Rheinländer, Geschäftsführer des Sozialen Friedensdienstes Bremen, und dort zuständig für die Bereiche BFD und Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ). „Das Interesse an beiden Freiwilligendiensten ist groß“, betont er im Gespräch mit unserer Zeitung und ist sich sicher: „Das Potenzial kann mindestens gehalten, wenn nicht sogar ausgebaut werden.“ Der Forderung von Städte- und Gemeindebund und DRK, den BFD personell auszuweiten und dafür mehr Geld vom Bund bereitzustellen, kann Rheinländer aber nur bedingt zustimmen. Er wünscht sich eine gleichberechtigte Förderung beider Freiwilligendienste, also neben dem BFD auch für das FSJ. Der Grund: „Den jungen Leuten ist es völlig egal, unter welchem Etikett sie sich engagieren. Hauptsache, sie finden dort das für sie passende Angebot.“ Während der BFD ohne Altersbegrenzung offen für alle Bürger ist, richtet sich das FSJ in der Regel an Jugendliche, die nach ihrem Schulabschluss ein Jahr lang in einer gemeinnützigen Einrichtung arbeiten wollen. **Kommentar Seite 2**